

Nach der LGB 06-Veranstaltung „Geodaten ohne Geodäten“ veranstaltete CeGi eine Diskussionsrunde „Freie Geodaten für alle?“

Unerwartet viel Konsens zum Thema „Freie Geodaten für alle?“ bewiesen die vier Gäste der zweiten Ausgabe der „CeGi Talkshow: Festpunkte - Standpunkte“ Ende Januar im Theater „Die Säule“ in Duisburg. So fanden beispielsweise die Wünsche von Dr. Jan Oliver Wagner, Geschäftsführer des ausschließlich mit freier Software (Open Source) arbeitenden Geoinformatik-Dienstleisters Intevation GmbH in Osnabrück, nach mehr Freiheit im Umgang mit amtlichen Geodaten ein offenes Ohr sowohl bei dem Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft der Vermessungsverwaltungen in Deutschland (AdV), Professor Dr. Klaus Kummer, wie auch bei Dr. Matthias Bachmann, Geschäftsführer der Magdeburger Geocontent GmbH. Das Unternehmen ist vor allem als Lizenzgeber für einen Großteil der hochauflösenden Luftbilder von Deutschland in Google Earth bekannt geworden.

Wagner hatte zuvor die von ihm gewünschten Freiheiten in Analogie zu entsprechenden Lizenzen der Open Source Szene erläutert. Das umfasst aus seiner Sicht weniger die Kostenfreiheit, als vielmehr die Freiheit des jeweiligen Nutzers, amtliche Daten nach eigenem Ermessen zu verwenden, zu verändern und auch problemlos an Dritte weitergeben zu können. Wagner führte dazu das Beispiel von Verwaltungsgrenzen an, bei denen die Nutzungsbedingungen der Vermessungsverwaltungen regelmäßig die Weitergabe des entsprechenden Datensatzes untersagten, auch als integrierter Teil eines neuen Datenproduktes. „Das ist umso

ärgerlicher, als dass ich diese Daten ja nicht selber digitalisieren kann, sondern hier auf den Monopolisten angewiesen bin“, sagte der Informatiker.

Kummer äußerte grundsätzliches Verständnis für Wagners Wünsche, bat jedoch auch um Verständnis für die von Außenstehenden häufig als zu langsam kritisierten Veränderungen der Vermessungsverwaltungen. „Vor fünf Jahren hätte ihre Kritik ins Schwarze getroffen, heute stimmt sie nur noch zum Teil“, sagte der AdV-Vorsitzende. Die Vermessungsverwaltungen in Deutschland haben sich bereits deutlich in Richtung einer freieren und kostengünstigeren Abgabe der amtlichen Geobasisdaten bewegt und werden dies auch weiterhin tun. Kummer erinnerte aber auch an Gewährleistungspflichten der Ämter für ihre Datensätze. Darüber hinaus gelte ein Großteil der Begehrlichkeiten so genannten Geofachdaten, die zumeist nicht von den Vermessungsämtern vorgehalten würden. „Die Frage nach einem freieren Umgang mit den amtlichen Daten, richtet sich an zahlreiche Behörden.“

Bachmann gab zu Bedenken, dass allein der gewünschte freie Umgang mit Geodaten im Sinne des Open-Source-Ansatzes, noch kein erfolgreiches Geschäftsmodell begründe. Sein Unternehmen sei darauf angewiesen, Daten- und Informationsprodukte kostenpflichtig zu lizenzieren. „Über die Modalitäten könne natürlich in jedem Einzelfall verhandelt werden“, so der Schweizer. Er plädierte dafür, zwischen privat veredelten Datenprodukten und den

reinen amtlichen Daten zu unterscheiden. Letztere könnten auch aus seiner Sicht als das Ergebnis von bereits vom Steuerzahler bezahlten staatlichen Leistungen gelten und mit weitreichenden Nutzungsrechten abgegeben werden.

Als vierter Teilnehmer der Diskussionsrunde versuchte Dr. Roland Wagner vom Institut für Geoinformatik (ifgi) der Universität Münster schließlich das Thema als grundsätzliche Auseinandersetzung, um die Finanzierung und Refinanzierung von Infrastrukturen zu deuten. „Der erfolgreiche Aufbau von Geodateninfrastrukturen (GDI) hat die Fragen nach dem Management der Nutzungsrechte von immer leichter zugänglich werdenden Geodaten überhaupt erst auf die Tagesordnung gesetzt.“ Wagner sah Analogien zur Liberalisierung ehemals staatlicher Infrastrukturen in anderen Wirtschaftszweigen. Er betonte, dass später privat genutzte Infrastrukturen in vielen Fällen zuvor vom Staat aufgebaut worden seien. „In diesem Sinne können die Geobasisdaten der Vermessungsverwaltungen in Relation zu den dafür notwendigen Investitionen als nahezu kostenfrei nutzbare Infrastruktur angesehen werden, daraus resultierende Datendienste jedoch

als kostenpflichtige Mehrwertleistung.“ Welche Rolle die Vermessungsverwaltungen vor diesem Hintergrund künftig spielen, sei offen. „Es ist absolut möglich, dass die britische Ordnance Survey künftig als privatisiertes Unternehmen Geodaten in Deutschland anbietet. Auch die British Telecom ist ja hierzulande aktiv und war mal eine Behörde, ebenso die Deutsche Telekom“, malte Wagner ein mögliches Zukunftsszenario.

Sein Namenskollege aus Osnabrück konnte sich ergänzend dazu eine auf einen kleinen Kern geschrumpfte Vermessungsverwaltung vorstellen, die wie die heutige Bundesnetzagentur lediglich Qualitätsstandards definiere und bei Bedarf marktregulierend eingreife. Dagegen beurteilte Bachmann, die Aussicht auf ehemals staatliche Behörden als künftige Konkurrenz eher skeptisch. „Der Staat kann sich ja nicht dadurch zurückziehen, dass er vorhandene Monopolressourcen privatisiert, denn anders als in der Telekommunikation vor der Liberalisierung gibt es ja schon einen Geodatenmarkt mit privaten Anbietern.“

(CeGi – Center for Geoinformation GmbH, Dortmund)

Nach der CeGi-Veranstaltung wertete Heinrich Tilly in einem Gespräch mit dem AdV-Vorsitzenden Prof. Dr. Klaus Kummer die Talkshow „Festpunkte – Standpunkte“ aus.

Herr Kummer, Talkshows unterliegen immer der Gefahr, dass die Zeit der Zuhörer damit verschwendet wird, wenn die Debatten der vergangenen Jahre rund-

erneuert werden. Ich möchte Sie bitten, Ihren Standpunkt, welche Rolle der Staat bei der Erstellung von Geobasisdaten einnimmt, konkret zu beschreiben.